

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postk.-Konto: Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 68

Donnerstag, den 21. März 1929

24. Jahrgang

Hoover am Werke

Amerikanischer Handelsattaché in Europa — Fritz Opel und Mr. Sloan — Hoovers erste persönliche Eingriffe Der Kampf um das 18. Amendement

Seit dem letzten Freitag tagen in Wien die Handelsattachés der amerikanischen Völkstaaten aus allen Ländern Europas. Aus Washington ist Dr. Julius Klein, der Direktor des Bureaus des Auswärtigen Amtes, des Handelsministeriums und des Außenhandelsamts herübergekommen. Die Konferenz wird sechs Tage dauern und ist streng vertraulich. Dennoch ist bekannt geworden, daß Dr. Klein den Auftrag hat, die Handelsattachés im Auftrag des neuen Präsidenten mit neuen Instruktionen zu versehen, die dem Charakter des amerikanischen Außenhandels entsprechen und seinen Zielen in Europa noch besser als bisher gerecht werden.

Dabei ist zu beachten, daß der Außenhandel der Vereinigten Staaten Nordamerikas nach Australien in der Zeit von 1921 bis 1928 von 11 Prozent auf 22 Prozent der gesamten australischen Einfuhr gestiegen ist. In der gleichen Zeit wurde die amerikanische Einfuhr nach Deutschland sogar verdreifacht! In Amerika selbst steigt fortgesetzt das Interesse der Wirtschaft am Außenhandel. Das beweist schon ein Beispiel: In Jahre 1928 liefen beim Handelsamt der Vereinigten Staaten täglich etwa 700 Anfragen ein. Diese Zahl hat sich, wie jetzt Dr. Klein berichtet, so gesteigert, daß gegenwärtig täglich etwa 11000 Anfragen einlaufen. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas werden in dem Bestreben, ihren Handel auszubauen, mit den europäischen Firmen zusammenarbeiten und dabei ihre Interessen etwa so vertreten, wie dies in den jüngsten Transaktionen der General Motors Company geschehen ist. So Dr. Klein!

Darüber erhalten wir aus den Erklärungen Fritz Opels und Mr. Sloans folgenden Bericht. Der größte Teil der Opel-Affäre ist in die Hände der General Motors Company übergegangen. Herr Sloan spricht zwar von einer Interessengemeinschaft beider Firmen, wirtschaftlich und rechtlich ist aber die General Motors Company zum Herrn von Rüsselshelm geworden. Die Amerikaner stecken in die deutschen Werke ihr Geld hinein, sie lassen ihre Kapital auch in Deutschland arbeiten, forcieren gleichzeitig mit Hilfe der Aktionärsorganisationen beider Werke den deutschen und europäischen Absatzmarkt und suchen der Konkurrenz, auch der amerikanischen von Henry Ford, das Handwerk zu legen. Dr. Fritz von Opel und Mr. Sloan verstehen gleichzeitig die Auffassung, daß ihre „Interessengemeinschaft“ sowohl den deutschen Automobilkauf als auch der gesamten deutschen Volkswirtschaft wertvolle Dienste leisten wird. Wenn uns auch letzteres noch fraglich erscheint, so ist doch wahrscheinlich mit einer vermehrten Beschäftigung der Arbeitskräfte in Rüsselshelm und einem gesteigerten Bedarf von Automobilen in nächster Zeit zu rechnen.

Arbeiten so die Pommeren des neuen Präsidenten Hoover in Europa schon sehr energisch, so hat er selbst im Weißen Haus zu Washington die Bügel strenger gefaßt. Getreu dem alten Gelehrten wurde am letzten Freitag allen Beamten von Rang und Bedeutung mitgeteilt, daß sie ihre Pflichten einzuzureichen hätten. Was auch der größte Teil in seinem Amte verbleiben, so ist doch nicht daran zu zweifeln, daß alle unbrauchbaren Elemente, selbst die „Blender“, aus ihren Stellungen verschwinden werden. Dies gilt herunter bis zu den Sektionschefs und den Bürovorstehern. Soeben ordnete der Präsident an, daß vorerst kein Regierungsland mehr verpacket werden darf und daß das Schatzamt auch Steuerleistungen über 20 000 Dollar gewähren kann. Letztere Maßnahme konnte von dem Rat der Vollkommensleute wohl erwartet werden. Von der amerikanischen Wirtschaft wird sie ganz allgemein begrüßt.

Was schwieriger sind die Verwaltungsmaßnahmen zur Durchführung der vollkommenen Trockenlegung Amerikas, wie sie die Mehrheit der strengeren amerikanischen Republikaner wünscht und wie sie Herbert Hoover vor seiner Wahl verkündet hat. Zur Vorbereitung der erforderlichen Maßnahmen hat der Präsident jetzt den früheren Staatssekretär Charles C. Hughes zu sich ins Weiße Haus befohlen, um mit ihm das ganze Problem eingehend durchzuberaten. Es gilt nicht nur das Verbot der Vermarktung zu verhindern, sondern auch einem Versagen der Justiz vorzubauen. Aber gerade hier entlocken dem Präsidenten soeben neue und ungeahnte Schwierigkeiten. Der Senat der New Yorker Rechtsanwältin hat nämlich einen eigenen Ausschuss eingesetzt, der Maßnahmen gegen das 18. Amendement und gegen das Jones Law beraten soll, zumal das jetzt genannte Gesetz die Verletzung der Prohibitionsgehalte mit Gefängnisstrafen bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafen bis zu 10 000 Dollar belegt. Der Präsident der New Yorker Anwaltskammer, J. S. Couderc, erklärt, daß die Einsetzung dieses Ausschusses zur Notwendigkeit wurde, um die bürgerliche Freiheit gegen ein Gesetz zu verteidigen, das den Verkauf eines „Blases Bier zu der „Würde“ eines Verbrechens erhob, das von dem amerikanischen Strafgesetzbuch mit den gleichen Strafen belegt wird wie Mord und Totschlag. Rechtsanwalt Couderc erklärt, in dem Verlauf von Mischgetränken kein Unrecht erblicken zu können, vor allen Dingen kein Verbrechen gegen die Gesellschaft, da dieser Verkauf weder unmoralisch ist, noch die Nächstenliebe verletzt, noch eine Gefahr für die Bürger bedeutet. Die Verhängung solcher ungeheurer Strafen, wie sie das Jones Law für Verletzung der Prohibitionsgehalte vorschreibt, und die nach dem allgemeinen amerikanischen Strafgesetzbuch sonst nur für die schwersten Verbrechen verhängt werden, muß die ganze amerikanische Justiz korruptisieren und der Verächtlichkeit preisgeben. Präsident Hoover wird es, wie sich schon hieraus ergibt, nicht leicht haben, seine „trockenen“ Wahlversprechungen einzulösen.

werden, muß die ganze amerikanische Justiz korruptisieren und der Verächtlichkeit preisgeben. Präsident Hoover wird es, wie sich schon hieraus ergibt, nicht leicht haben, seine „trockenen“ Wahlversprechungen einzulösen.

Die koloniale Frage

Bei einer von der Deutschen Kolonialgesellschaft, Abteilung Hamburg, und dem Ueberseeclub veranstalteten Versammlung, an welcher der Senat, die Behörden und die Wirtschaft teilnahmen, führte der Redner des Abends, Mitglied des Reichswirtschaftsrats Max Cohen, Neuf, aus, daß die Frage der Kolonien für Deutschland wie für Europa heute wegen der Pariser Reparationsverhandlungen und wegen des Hilton Young-Berichts besonders aktuell sei. Ausgehend von der Notwendigkeit, die Rohstoffbasis für die europäische Fertigfabrikation zu erweitern, kennzeichnete der Redner das tropische und subtropische Afrika als Kolonisations- und Rohstoffgebiet für Europa, während er eine Siedlung nach Osten ablehnte und den Wunsch nach abermaligem Kolonialbesitz in der Südsee ablehnte. Dagegen sei selbstverständlich dorthin Handel zu treiben. Cohen-Neuf' Idee ist eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich unter Berücksichtigung der berechtigten italienischen Ansprüche in Westafrika. Der Redner trat der Auffassung entgegen, daß von England in kolonialer Hinsicht mehr zu erwarten sei als von Frankreich, und teilte zum Schluß mit, daß in Berlin die Gründung eines Bundes bevorstehe, dessen Aufgabe es sein soll, die Arbeiterbevölkerung mehr als bisher für den kolonialen Gedanken zu gewinnen.

Eine neue Eingabe der ehemaligen Kriegsgefangenen.

Dem Reichstag ist eine neue Eingabe von der Arbeitsgemeinschaft der Vereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener Deutschlands e. V. zugegangen, die sich mit der Forderung beschäftigt, daß die Reichsregierung nur 800 000 RM als Gegenwert der Guthaben der deutschen Kriegsgefangenen von Frankreich erhalten habe und die gegen die Abfertigung Stellung nimmt, diese Summe als Grundstock für eine soziale Stiftung zu verwenden, weil eine Auszahlung der geringen Einzeiguthaben nicht möglich sei.

Revisionen im Gines-Prozess.

In Gines-Prozess ist gegen das Urteil des Stettiner Schwurgerichts vom 18. März Revision eingelegt worden. Der Staatsanwalt hat Revision beantragt sowohl in Bezug auf Gines, Detow, Fraebel und Boer, die zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind, als auch bezüglich des Voigt und des Krüger, die freigesprochen wurden. Bei Vandemer, der gleichfalls freigesprochen wurde, hat die Anklagebehörde nach der Urteilsverkündung auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet. Die Angeklagten Gines, Detow, Fraebel und Boer haben gleichfalls durch ihre Verteidiger Revision gegen das Urteil beantragt.

Bernichtungskrieg gegen die mexikanischen Rebellen.

„Associated Press“ meldet aus der Stadt Mexiko, Calles habe dem Präsidenten Gil mitgeteilt, er beabsichtige, einen Vernichtungskrieg gegen die Aufständischen zu führen. Er beginne sofort mit der Zusammenstellung einer Marschkolonne, die nach Chiuhahua vorrücken werde.

Kampf um die Verteilung der Beute

Vor einer neuen Krise der Sachverständigenkonferenz Die Forderungen der französischen Delegation bei der Pariser Konferenz haben in London schmerzlich übertrajcht. Die Engländer sind der Ansicht, daß die Franzosen versuchen, sie über die Ohren zu hauen. Auffallend ist namentlich, daß die Londoner Finanzpresse plötzlich am Dienstag die größten Bedenken gegen die Kommerzialisierung eines erheblichen Teiles der deutschen Schuld auf dem Londoner Geldmarkt erhob, da dadurch die Geldbeschaffungsbedingungen für die englische Industrie und die britischen Dominions wesentlich eingeschränkt würden.

Die französisch-englischen Gegensätze sind durchaus ernst zu nehmen. Sieht man näher hin, dann ergibt sich bald, daß die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten in Paris auf der Verschiedenheit der von den einzelnen alliierten Ländern gestellten Ansprüche beruhen. Die Engländer beanspruchen zunächst lediglich den Ersatz ihrer Schuldenszahlungen an Amerika. Die Forderungen der Franzosen gehen darüber weit hinaus. Aus der Haltung der Engländer schloßen die Franzosen für, daß die Briten an dem transferierten Teil der Jahreszahlungen nicht beteiligt zu werden bräuchten. Die Engländer sind aber anderer Auffassung. Sie erheben jetzt sogar Anspruch auf dessen Ersatz der englischen Jahreszahlungen an Amerika war Inkrafttreten des Dawesplans. Es handelt sich dabei um 100 Millionen Pfund Sterling, oder 3,8 Milliarden RM. Ueber diese Nachforderung sind selbstverständlich die Franzosen ebenso „schmerzlich“ überrascht, wie die Engländer über die Ansprüche Frankreichs. Von deutscher Seite aus ist zu bemerken, daß diese englischen Nachforderungen durch die von der Reparationskommission höchst unzulänglich angerechneten deutschen Leistungen vor dem 1. Mai 1921 mehr als abgegolten sind.

Es ist nicht anzunehmen, daß zwischen Engländern und Franzosen schon am Mittwoch eine Einigung zustande kommt. Am Donnerstag reist aber Dr. Schacht und der englische Sachverständige Sir Charles Abdis zu einer Verwaltungsratsitzung der Reichsbank nach Berlin. In ihrer Abwesenheit dürfte kaum eine Vollziehung der Sachverständigenkonferenz stattfinden, dagegen werden die Einzelbesprechungen über die Höhe und Anzahl der deutschen Jahresleistungen weitergehen. Es bleibt abzuwarten, ob die Mäntler sich in der Abwesenheit Dr. Schachts über die deutschen Jahreszahlungen und Zahlungsbedingungen einigen können. Die Atmosphäre der Konferenz ist gegenwärtig wenig hoffnungsvoll. Es wird ganz allgemein für wenig wahrscheinlich gehalten, daß vor Ostern eine endgültige Vereinbarung zustande kommt. Dagegen ist nicht ausgeschlossen, daß mit der Rückkehr Dr. Schachts nach Paris am nächsten Montag eine neue kritische Phase der Konferenz beginnt.

Ueberfall tschechischer Legionäre auf eine polnische Druckeret

In der vorgestrigen Nacht wurde auf eine polnische Druckeret bei Teschen ein Ueberfall von ehemaligen tschechischen Legionären aus der Tschechoslowakei versucht. Die beschädigten die ganze Einrichtung, wurden dann aber durch Revolvergeschosse aus der Druckeret verschont. Die Täter entziehen vor den sie verfolgenden Polizeibeamten über die Grenze. Nach Meldungen der polnischen Presse handelt es sich um einen polnischen Raubakt, da man in der fraglichen Druckeret vor kurzem eine Anzahl von Schriften gegen die tschechoslowakischen Legionäre gedruckt hatte.

Die Verhandlungen des Reichsfinanzministers

Die von dem Reichsfinanzminister eingeleiteten Besprechungen mit Vertretern der verschiedenen Fraktionen verfolgen den Zweck, festzustellen, in welcher Richtung sich etwa ein Vorschlag bewegen müßte, um eine glatte Verabschiedung des Etats zu ermöglichen. Es kann sich also bei diesen Besprechungen zunächst nur darum handeln, eine allgemeine Grundlage zu schaffen, auf der dann die Ausschussberatungen aufgebaut werden können. Greifbare Ergebnisse haben die Besprechungen offenbar noch nicht ergeben und auch die Darstellung über eine bereits erzielte Annäherung zwischen den Parteien muß mit Vorsicht aufgenommen werden, zumal sich die Sparvorschläge der Volkspartei zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf Wirtschaft am Sozialetat gründen, wofür weder die Sozialdemokraten noch das Zentrum zu haben sein dürften. Selbstverständlich würden die Staatsverhandlungen auch nicht ohne Auswirkung auf die Gestaltung der Regierungsbudget bleiben, doch sind die Dinge vorerst noch nicht so weit gediehen, daß dies Problem wieder spruchreif geworden wäre.

Verbot des Giftgaskrieges

Das Genfer Protokoll über das Verbot des Gaskrieges im Auswärtigen Ausschuss.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde unter dem Vorsitz des Abg. Scheidemann (Soz.) zunächst der Gesetzentwurf über das Genfer Protokoll wegen Verbots des Gaskrieges behandelt. Staatssekretär von Schubert vom Auswärtigen Amt wies darauf hin, daß das Protokoll bereits am 17. Juni 1925 von 38 Mächten unterzeichnet worden sei. Ratifiziert sei es bisher von acht Mächten, darunter von Belgien, Frankreich, Italien und der Sowjetunion. Die Auflegung des Protokolls sei auf deutsche Anregung hin erfolgt. Das Protokoll sei geeignet, das Mißverständnis zu zerstreuen, als ob Deutschland auf dem Gebiet des chemischen Krieges Anlaß hätte, etwas zu verbieten. Die Reichsregierung lege besonderen Wert darauf, die Ratifikation noch vor der Tagung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz vorzunehmen, um damit auf einen neuen Schritt im Sinne der Abrüstung hinweisen zu können. Dazu komme, daß die Fragen der Schutzmaßnahmen gegen den Gaskrieg auf einer Ende April in Rom stattfindenden durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz einberufenen Sachverständigenkonferenz behandelt werden sollen. Auch im Hinblick auf diese Konferenz erscheine es nützlich, die Ratifikation des Protokolls noch vor dem Zusammentritt dieser Konferenz vorzunehmen. Die Ratifikation werde durchaus nicht hindern, die Frage des Gas- und Luftschutzes praktisch weiter zu behandeln. Das Auswärtige Amt werde es sich angelegen sein lassen, die internationale Bestätigung dieser Frage,